

## Batocki über den Ernährungsplan 1917.

Der zur Beratung der Ernährungsfragen eingesetzte besondere Ausschuss des Reichstages trat heute zu seiner ersten Sitzung zusammen, um den Wirtschaftsplan für das kommende Erntejahr zu beraten.

Präsident v. Batocki verwies auf die Notwendigkeit, den Plan so rechtzeitig festzustellen, daß alle Beteiligten sich danach einrichten könnten. Die Grundsätze des Planes sollten spätestens bis 15. März veröffentlicht werden. Ueber den Plan selbst könne er sich vorerst nur unverbindlich äußern, da zuvor die Bundesregierungen, der Bundesrat und der große Ernährungsbeirat sich damit zu befassen hätten, und das weite Ende nächster Woche geschehen. Der Präsident äußerte sich sodann über die Bestandsaufnahme und die vorhandenen Vorräte, die knapp seien und vorzüglich bewirtschaftet werden müßten. Die Bestandsaufnahme bedürfe einer sorgfältigen Nachprüfung, zumal noch nie so viel ungedroschens Getreide dabei festgestellt worden sei, wie diesmal. Auch die Kartoffelaufnahme habe kein vollständig richtiges Bild ergeben, da wegen des ungewöhnlich starken Frostes die Mieten nicht geöffnet werden konnten. Die vorzugsweise Zuwendung von Aufträgen an die östlichen Mühlen habe sich infolge der Transportschwierigkeiten nicht als gut erwiesen. Die Mühlenpolitik werde also eine Aenderung erfahren müssen. Die Erfassung aller vorhandenen Lebensmittel sei eine Notwendigkeit. Er hoffe, daß alle Beteiligten dafür volles Verständnis haben und die Rationierung willig hinnehmen werden.

Der Verfall von Brotgetreide müsse durch verschiedene Mittel entgegengetreten werden. In den meisten Bezirken geschehe auch in diesem Punkte das Mögliche. Die Ablieferungsstellen auf dem platten Lande würden immer mehr und systematischer ausgebaut. Von der Reichsstelle in Berlin aus könne nicht alles gemacht werden, es müßten die Landesstellen tatkräftig mitwirken. Ein Hauptaugenmerk sei auf die Bereitstellung von Frühgemüse und Frühobst zu richten, das durch die öffentliche Wirtschaft den Verbrauchern zuführen sei. Der Anbau von Frühkartoffeln insbesondere im Rheinland und Westfalen solle nachdrücklich gefördert werden und die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln ab 1. Juli erfolgen.

Der Präsident besprach sodann die Vorschläge der 12 Hochschul-Lehrer auf eine andere Preisfestsetzung für Brotgetreide sowie für Vieh und Fleisch. Er begrüße diese Vorschläge, deren Objektivität sich schon aus den Angriffen ergebe, denen sie von rechts und links ausgesetzt gewesen seien. Er müsse erklären, daß eine Erhöhung des Weizen- und Roggenpreises ohne gleichzeitige Herabsetzung der Rindvieh- und Schweinepreise unannehmbar sei. Eine Preis-erhöhung für Brotgetreide sei bedingt durch die Lage des Weltmarktes und die Bedürfnisse der Produktion, die Herabsetzung der Viehpreise durch die Rücksicht auf die Verbraucher. Der Bayerische Ernährungsbeirat habe bereits im Juli vorigen Jahres dahingehende Vorschläge gemacht, die jetzt den Kern des neuen Planes bildeten.

Das Reich werde infolge des großen Fleischbedarfes des Heeres bei der Preisherabsetzung mehrere hundert Millionen einsparen, die nach den Vorschlägen der Verbrauchervertreter verwendet werden sollten, um eine Preissteigerung der Lebenshaltung der Minderbemittelten hintanzuhalten. Schließlich wäre auch möglich, trotz Erhöhung der Brotgetreidepreise den Brotpreis auf der gleichen Höhe zu halten; dabei müßten die Gemeinden mitwirken und sich auch dazu äußern.

Die vom Reichstagsausschuss geforderte Untersuchung der Spannung von Vieh- und Fleischpreisen sei im Gange. Es gebe Fleisch, die nur 50 Pfund wöchentlich absetzen und einen Zuschlag für ihre Lebenshaltung erheben. Ob hier eine Zusammenlegung angebracht sei, werde zu erwägen sein. Ähnlich lägen die Verhältnisse im Gemüsehandel, so daß einzelne Gemeinden z. B. auf Kohl-rüben bis zu 500 v. H. Preiszuschlag auf Kosten der Verbraucher bewilligt hätten. Hier müsse eingegriffen werden, und es sei verwunderlich, daß über derartige Vorläufe in der Öffentlichkeit wenig oder gar nicht gesprochen werde, obwohl sie bei der Preisbildung eine geringe Rolle spielen. Die Bewirtschaftung der Getreide solle anders erfolgen als bisher. Getreide werde in der Hauptsache zur Brotbereitung verwendet, sie werde deshalb der Futtermittelstelle entzogen und der Reichsgetreidestelle überwiesen.

Bezüglich der Kartoffeln sei geplant, den Preis im ganzen Reich und für das ganze Jahr auf 5 Mark den Zentner festzusetzen; dabei solle unter Aufsicht der Reichskartoffelstelle den südlichen Bundesstaaten und dem Westen gestattet sein, bis zu 6 Mark zu gehen.

Vom Standpunkt der Verbraucher sei das Wichtigste die Versorgung mit Brotgetreide und Kartoffeln. Die Zuweisung eines Mindestmaßes habe die Bevölkerung mit wahren Heldenmut ertragen, und dafür gebühre ihr die höchste Anerkennung. Ausreichende Versorgung in Getreide und Kartoffeln müsse für alle, in Milch mindestens für Kinder und Kranke ermöglicht werden. Eine Erhöhung der Fleischration könne jedoch nicht mehr wie früher in Aussicht gestellt, zugesagt werden. Eine Hauptsache sei, Erhaltung der Milchkuhe und Förderung der Milch- und Buttererzeugung.